

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Birgit Homburger, Rainer Funke, Rainer Brüderle, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 15/492 –**

Statistische Auskunftspflichten von Unternehmen in Deutschland gegenüber den Statistikämtern von Bund, Ländern und Kommunen

Vorbemerkung der Fragesteller

Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland sind verpflichtet, jährlich den Statistikämtern von Bund, Ländern und Kommunen eine Fülle von Daten zu Statistikzwecken, beispielsweise über die Anzahl von Mitarbeitern oder die Gehalts- und Lohnstruktur, zuzuleiten. Dabei werden Daten in vielen Bereichen mehrfach abgefragt, was sowohl bei den Unternehmen als auch bei den Statistikämtern einen erheblichen Verwaltungsaufwand verursacht. Besonders für kleine und mittlere Unternehmen bedeuten statistische Erhebungen eine besondere Kostenbelastung.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Die folgenden Antworten beziehen sich ausschließlich auf die Statistiken des Bundes und die von Europa angeordneten amtlichen Statistiken, die von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder durchgeführt werden. Diese Statistiken werden im Folgenden als Bundesstatistik bezeichnet.

Für Statistiken der Länder und der Kommunen ist die Bundesregierung nicht zuständig.

1. Welche Daten werden von welchem Statistikamt des Bundes, der Länder und der Kommunen aufgrund welcher gesetzlicher Grundlagen von den Unternehmen jährlich angefordert (bitte aufgelistet nach Art der Statistik und anfordernder Ebene)?

Die Bundesstatistik basiert ausschließlich auf gesetzlichen Grundlagen. Neben dem Bundesstatistikgesetz vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565) gibt es eine Vielzahl von einzelstatistischen Gesetzen und EG-Statistikverordnungen. Insgesamt richten sich 62 jährliche und unterjährliche Erhebungen an die Leiter

und Leiterinnen von Unternehmen, Betrieben oder Arbeitsstätten außerhalb der Landwirtschaft (eine Auflistung ist als Anlage beigelegt).

2. Welche Daten werden mehrfach abgefragt?

In der Bundesstatistik gibt es grundsätzlich keine Doppelerhebungen, da es sich um ein koordiniertes, sich ergänzendes System von Statistiken handelt.

Auf Seiten der Unternehmen besteht oftmals der Eindruck von Doppelerhebungen, da vielfach Daten von Wirtschaftsverbänden bei ihren Mitgliedern oder von Wirtschaftsforschungsinstituten erhoben werden. Diese Erhebungen sind jedoch keine Erhebungen der amtlichen Statistik.

3. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, inwieweit die durch die Statistiken erhobenen Informationen konkret in das Handeln und in die Entscheidungen der Behörden einfließen?

Primäre Aufgabe der Bundesstatistik ist die Bereitstellung von Zahlenmaterial für die gesetzgebenden Körperschaften, für die Bundesregierung und für die Bundesverwaltung, in erheblichem Maße aber auch für die Länder und Gemeinden.

Die durch die Bundesstatistik erhobenen Informationen dienen der Beobachtung und Beurteilung gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und ökologischer Entwicklungen. Sie sind vielfach Voraussetzung für rationale Zielsetzungen sowie für Planungen, Entscheidungen, Maßnahmen und die Evaluation von Entscheidungen und Maßnahmen in vielen Politikbereichen.

So sind für die Regierungsarbeit im Bereich gesamtwirtschaftlicher Analysen und Projektionen Statistiken, insbesondere die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Wirtschaftsstatistiken, unverzichtbar. Ohne Statistiken wäre auch der gesetzliche Auftrag zur Durchführung von Steuerschätzungen und zur Finanzplanung nicht zu erfüllen.

Dies sind nur Beispiele.

Ein vollständiger Überblick über die Nutzung statistischer Informationen in den Behörden liegt der Bundesregierung – angesichts der Vielzahl der Nutzer und Verwendungszwecke in Bund, Ländern, Gemeinden und den europäischen Institutionen – nicht vor.

4. Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, den erheblichen Verwaltungsaufwand, der durch die mehrfache Abfrage von Daten verursacht wird, durch einen verbesserten Informationsaustausch zwischen den einzelnen Statistikämtern zu minimieren?

Es gibt keine Mehrfacherhebungen von statistischen Daten durch das Statistische Bundesamt und die statistischen Ämter der Länder (vgl. auch Antwort zu Frage 2). Die Mehrzahl der Bundesstatistiken wird von den statistischen Landesämtern erhoben und vom Statistischen Bundesamt zum Bundesergebnis zusammengefasst. Daneben gibt es einige Bundesstatistiken, die vom Statistischen Bundesamt zentral erhoben und veröffentlicht werden. Die statistischen Landesämter erhalten hier die für ihren Bereich relevanten Ergebnisse.

5. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um Unternehmen von amtlichen Erhebungen zu entlasten?

Das Programm der Bundesstatistik ist in den letzten 20 Jahren sechsmal – 1980, 1984, 1986, 1993, 1994 und zuletzt in den Jahren 1995 bis 1997 – überprüft worden. Seit 1997 hat die Bundesregierung weitere Maßnahmen zur Statistikvereinfachung und Entlastung der Wirtschaft verwirklicht. Beispiele sind die Neukonzeption der Produktionsstatistik ab Januar 1999, die rund 11 000 Betriebe von ihren monatlichen und 17 000 Betriebe von ihren vierteljährlichen Meldungen befreit hat, sowie die Verringerung der Zahl der Befragten in der Intrahandelsstatistik um 26 000 Unternehmen. Die Jahresherhebung bei industriellen Kleinbetrieben wird in diesem Jahr durch eine Registerauswertung abgelöst, die 57 000 Betriebe von der Berichtspflicht entlastet.

6. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um Unternehmen von amtlichen Erhebungen zu entlasten?

Der Abbau von Bürokratie ist ein Schwerpunkt der Arbeit der Bundesregierung. Dabei wird auch die amtliche Statistik einen wesentlichen Beitrag zu leisten haben. Es geht hierbei um die zentrale Frage, wie Kosten und Belastung bei den Unternehmen durch die amtliche Statistik reduziert werden können, ohne die informationelle Infrastruktur zu gefährden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass bereits über 60 % der Erhebungen von der EU durch Rechtsakte verbindlich angeordnet sind.

Zur Vereinfachung der amtlichen Statistik sind die verstärkte Nutzung modernster Informationstechnologien, der behördeninterne Einsatz verbesserter Steuerungsmethoden, die Flexibilisierung des institutionellen Rahmens und – soweit es die Qualität der so produzierten Daten erlaubt – der Ersatz von Primärerhebungen durch die verstärkte Nutzung von Verwaltungsdaten geplant.

Der dem Deutschen Bundestag übermittelte Entwurf eines Verwaltungsdatenverwendungsgesetzes sieht vor, die für Konjunkturstatistiken wichtigen Daten über „Umsätze“ in den Dateien der Finanzbehörden (aus dem Umsatzsteuervoranmeldungs- und -vorauszahlungsverfahren) und über „Beschäftigte“ in den Dateien der Bundesanstalt für Arbeit (aus dem Meldeverfahren zu den Sozialversicherungen) daraufhin zu untersuchen, ob diese Verwaltungsdaten sich auch für konjunkturstatistische Zwecke eignen und ob dadurch Primärerhebungen ersetzt werden können. Durch die Verwendung von Verwaltungsdaten könnten mehr als 50 000 Unternehmen von der vierteljährlichen Erhebung im Dienstleistungsbereich und bis zu 50 000 Unternehmen bei der vierteljährlichen Handwerksberichterstattung entlastet werden.

Die Bundesregierung wird im Rahmen des „Masterplans Bürokratieabbau“ gemeinsam mit den Ländern weitere Möglichkeiten prüfen, die Unternehmen von amtlichen Erhebungen zu entlasten.

7. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, wie hoch die jährliche Kostenbelastung der Unternehmen in Deutschland aufgrund der statistischen Erhebungen ist?

Das Statistische Bundesamt hat zwar im letzten Jahr auf der Grundlage des neuen Unternehmensregisters eine erste Untersuchung der Belastung der Unternehmen durch die zentral vom Bund erhobenen Statistiken vorgenommen (Wirtschaft und Statistik, 10/2002). Es ist aber durch die Registerauswertung nicht möglich, die Kosten im Unternehmen zu ermitteln, insbesondere weil keine ausreichenden Erkenntnisse über die zeitliche Inanspruchnahme beim

Ausfüllen des Fragebogens oder die Einordnung der Tätigkeit der beauftragten Personen nach Entlohnungsstrukturen vorliegen.

Aktuelle belastbare Untersuchungen zur Unternehmensbelastung durch Bundesstatistiken liegen der Bundesregierung nicht vor. Eine Studie des Instituts für Mittelstandsforschung „Bürokratie – ein Kostenfaktor“, die auch Aussagen zur Statistikbelastung enthält, basiert auf dem Jahre 1994. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit hat zu Beginn des Jahres 2003 die Aktualisierung dieser Studie in Auftrag gegeben. Ihre Ergebnisse sollen Mitte des Jahres vorliegen.

8. Wie steht die Bundesregierung zu der Forderung, die geplante Handwerkszählung zu verschieben und stattdessen die Statistikregister auszuwerten?

Die Bundesregierung bereitet derzeit eine Rechtsverordnung vor, mit der die Handwerkszählung um vier Jahre verschoben und stattdessen eine Auswertung des Statistikregisters vorgenommen werden soll. Auf der Grundlage dieser Auswertung soll dann entschieden werden, ob künftig auf Handwerkszählungen verzichtet werden kann. Dies würde eine Entlastung der Handwerksunternehmen bedeuten.

Die Befassung des Bundeskabinetts ist für das II. Quartal 2003 vorgesehen.

9. Wie steht die Bundesregierung zu der Forderung, Unternehmensgründer in den ersten vier Jahren nach Gründung des Unternehmens von jeglichen Statistikpflichten zu befreien?

Das Verfahren der Aktualisierung des Unternehmensregisters bei den statistischen Ämtern führt dazu, dass Unternehmen, soweit es sich um echte Neugründungen handelt, derzeit erst nach ca. zwei Jahren nach ihrer Gründung in die Stichprobenpläne der Bundesstatistik einbezogen werden. Sie dort zu berücksichtigen, ist nach den EU-Verordnungen vorgeschrieben.

10. Unterstützt die Bundesregierung die Forderung, die Abschneidegrenzen für unterjährige Berichtspflichten, unterhalb derer Unternehmen nicht berichtspflichtig sind, anzuheben, und wenn ja, bei welchen Unternehmen?

In verschiedenen Bundesstatistiken sind derzeit Abschneidegrenzen vorgesehen. Von Seiten der Europäischen Union wird jedoch dieses Verfahren aus Gründen der mangelnden Repräsentanz der Strukturen für die Grundgesamtheit abgelehnt. Das könnte bedeuten, dass dort, wo in der Bundesstatistik heute noch mit Abschneidegrenzen gearbeitet wird, künftig Stichprobenverfahren zum Einsatz kommen müssen.

11. Welche Statistiken werden als Vollerhebungen und welche werden als Stichprobenerhebungen abgefragt?
12. Wie steht die Bundesregierung zu der Forderung, Statistiken generell in Stichprobenerhebungen umzuwandeln?

Von den 62 jährlichen und unterjährlichen Erhebungen, die sich an Unternehmen, Betriebe oder Arbeitsstätten richten, sind 45 Stichprobenerhebungen und 17 Teilerhebungen, die nur einen eng definierten Berichtskreis komplett erfassen.

Anlage

(Stand: Januar 2002)

Statistikbezeichnung	Berichtsweg	EU-Rechtsgrundlage	nationale Rechtsgrundlage
Düngemittelstatistik	Statistisches Bundesamt	nein	§§ 88 bis 90, 94 AgrStatG vom 25. Juni 1998
Holzbearbeitungsstatistik	Statistische Landesämter	nein	§§ 82 bis 84 AgrStatG vom 25. Juni 1998
Monatsbericht im Bereich der Energie- und Wasserversorgung	Statistische Landesämter	VO (EG) Nr. 1165/98	§ 6 ProdGewStatG vom 30. Mai 1980, zuletzt geändert durch Art. 5 Nr. 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 2000
Investitionserhebung im Bereich der Energie- und Wasserversorgung	Statistische Landesämter	VO (EG, Euratom) Nr. 58/97	§ 6 ProdGewStatG vom 30. Mai 1980, zuletzt geändert durch Art. 5 Nr. 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 2000
Kostenstrukturerhebung im Bereich der Energie- und Wasserversorgung	Statistische Landesämter	VO (EG, Euratom) Nr. 58/97	§ 6 ProdGewStatG vom 30. Mai 1980, zuletzt geändert durch Art. 5 Nr. 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 2000
Monatsbericht über die Elektrizitätsversorgung	Statistische Landesämter	Modul 5120 des Statistischen Programms	§ 6 ProdGewStatG vom 30. Mai 1980, zuletzt geändert durch Art. 5 Nr. 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 2000
Monatsbericht über die Gasversorgung	Statistische Landesämter	Der Monatsbericht über die Gasversorgung gehört seit Gründung der EG zum Lieferprogramm des BMWA an Eurostat.	§ 6 ProdGewStatG vom 30. Mai 1980, zuletzt geändert durch Art. 5 Nr. 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 2000
Erhebung über Stromabsatz, Erlöse	Statistische Landesämter	nein	§ 6 ProdGewStatG vom 30. Mai 1980, zuletzt geändert durch Art. 5 Nr. 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 2000
Erhebung über Abgabe, Ein- und Ausfuhr von Gas sowie Erlöse	Statistische Landesämter	nein	§ 6 ProdGewStatG vom 30. Mai 1980, zuletzt geändert durch Art. 5 Nr. 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 2000
Erhebung über Stromerzeugungsanlagen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	Statistisches Bundesamt	Die Erhebung über Stromerzeugungsanlagen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe gehört seit Gründung der EG zum Lieferprogramm des BMWA an Eurostat.	§ 6 ProdGewStatG vom 30. Mai 1980, zuletzt geändert durch Art. 5 Nr. 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 2000

Statistikbezeichnung	Berichtsweg	EU-Rechtsgrundlage	nationale Rechtsgrundlage
Erhebung über sonstige Gase	Statistische Landesämter	Die Erhebung über sonstige Gase gehört seit Gründung der EG zum Lieferprogramm des BMWA an Eurostat.	ProdGewStatG vom 30. Mai 1980, zuletzt geändert durch Art. 5 Nr. 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 2000
Monatsbericht im Bauhauptgewerbe (einschl. Auftragsgangindizes)	Statistische Landesämter	VO (EG) Nr. 1165/98	§ 4 ProdGewStatG vom 30. Mai 1980, zuletzt geändert durch Art. 3 Abs. 18 des Gesetzes vom 21. Dezember 2000
Vierteljährliche Produktions- erhebung im Fertigteilbau	Statistische Landesämter	nein	§ 4 ProdGewStatG vom 30. Mai 1980, zuletzt geändert durch Art. 5 Nr. 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 2000
Vierteljahreserhebung im Ausbaugewerbe	Statistische Landesämter	VO (EG) Nr. 1165/98	§ 4 ProdGewStatG vom 30. Mai 1980, zuletzt geändert durch Art. 3 Abs. 18 des Gesetzes vom 21. Dezember 2000
Statistik über den Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe (einschl. Indizes)	Statistische Landesämter	VO (EG) Nr. 1165/98	§ 4 ProdGewStatG vom 30. Mai 1980, zuletzt geändert durch Art. 3 Abs. 18 des Gesetzes vom 21. Dezember 2000
Jahreserhebung einschl. Investitionserhebung im Bauhauptgewerbe	Statistische Landesämter	VO (EG, Euratom) Nr. 58/97	§ 5 ProdGewStatG vom 30. Mai 1980, zuletzt geändert durch Art. 5 Nr. 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 2000
Jahreserhebung einschl. Investitionserhebung im Ausbaugewerbe	Statistische Landesämter	VO (EG, Euratom) Nr. 58/97	ProdGewStatG vom 30. Mai 1980, zuletzt geändert durch Art. 5 Nr. 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 2000
Totalerhebung im Bauhauptgewerbe	Statistische Landesämter	nein	§ 4 ProdGewStatG vom 30. Mai 1980, zuletzt geändert durch Art. 3 Abs. 18 vom 21. Dezember 2000
Zusatzerhebung im Ausbaugewerbe	Statistische Landesämter	nein	§ 4 ProdGewStatG vom 30. Mai 1980, zuletzt geändert durch Art. 3 Abs. 18 des Gesetzes vom 21. Dezember 2000
Kostenstrukturserhebung im Baugewerbe	Statistisches Bundesamt	VO (EG, Euratom) Nr. 58/97	§ 5 ProdGewStatG vom 30. Mai 1980, zuletzt geändert durch Art. 5 Nr. 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 2000

Statistikbezeichnung	Berichtsweg	EU-Rechtsgrundlage	nationale Rechtsgrundlage
Monatserhebung im Großhandel	Statistisches Bundesamt	VO (EG, Euratom) Nr. 58/97	HdlStatG vom 10. November 1978, zuletzt geändert durch Art. 2 StatBerG vom 19. Dezember 1997
Jahreserhebung im Großhandel	Statistisches Bundesamt	VO (EG, Euratom) Nr. 58/97	HdlStatG vom 10. November 1978, zuletzt geändert durch Art. 2 StatBerG vom 19. Dezember 1997
Monatserhebung im Einzelhandel	Statistische Landesämter	VO (EG) Nr. 1165/98	HdlStatG vom 10. November 1978, zuletzt geändert durch Art. 2 StatBerG vom 19. Dezember 1997
Jahreserhebung im Einzelhandel	Statistische Landesämter	VO (EG, Euratom) Nr. 58/97	HdlStatG vom 10. November 1978, zuletzt geändert durch Art. 2 StatBerG vom 19. Dezember 1997
Monatserhebung im Gastgewerbe	Statistische Landesämter	VO (EG) Nr. 1165/98	HdlStatG vom 10. November 1978, zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 19. Dezember 1997
Statistik der Beherbergung im Tourismus	Statistische Landesämter	Richtlinie (95/57/EG), Entscheidung (1999/34/EG)	BeherbStatG vom 14. Juli 1980
Monatserhebung im KFZ-Handel und in der Instandhaltung	Statistische Landesämter	VO (EG) Nr. 1165/98	HdlStatG vom 10. November 1978, zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 19. Dezember 1997
Jahreserhebung im KFZ-Handel und in der Instandhaltung	Statistische Landesämter	VO (EG) Nr. 58/97	HdlStatG vom 10. November 1978, zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 19. Dezember 1997
Unternehmensstatistik im Eisenbahnverkehr (einschl. Unfälle)	Statistisches Bundesamt	nein	§ 24 ENeuOG vom 27. Dezember 1993, zuletzt geändert durch Art. 14 des Gesetzes vom 27. Juli 2001 sowie Verordnung über eine Eisenbahnstatistik vom 8. August 1965

Statistikbezeichnung	Berichtsweg	EU-Rechtsgrundlage	nationale Rechtsgrundlage
Verkehrsleistungsstatistik im Eisenbahnverkehr	Statistisches Bundesamt	Richtlinie (80/1177/EWG)	§ 24 ENeuOG vom 27. Dezember 1993, zuletzt geändert durch Art. 14 des Gesetzes vom 27. Juli 2001 sowie Verordnung über eine Eisenbahnstatistik vom 8. August 1965
Unternehmensstatistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr	Statistische Landesämter	VO (EG, Euratom) Nr. 58/97	§ 2 Gesetz zur Durchführung einer Statistik über die Personenbeförderung im Straßenverkehr vom 24. Juni 1980, zuletzt geändert durch Art. 13 des Gesetzes vom 19. Dezember 1986
Verkehrsleistungsstatistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr	Statistische Landesämter	Modul des Statistischen Programms der EU 1993-1997	§ 3 Gesetz zur Durchführung einer Statistik über die Personenbeförderung im Straßenverkehr vom 24. Juni 1980, zuletzt geändert durch Art. 13 des Gesetzes vom 19. Dezember 1986
Unternehmensstatistik der Binnenschifffahrt	Statistisches Bundesamt	VO (EG, Euratom) Nr. 58/97	§ 4 VerkStatG vom 17. Dezember 1999
Unternehmensstatistik im Luftverkehr	Statistisches Bundesamt	VO (EG, Euratom) Nr. 58/97	§ 3 Gesetz über die Luftfahrtstatistik vom 30. Oktober 1967, zuletzt geändert durch Art. 1a des Gesetzes vom 25. August 1998 und Verordnung zum Gesetz über die Luftfahrtstatistik vom 30. Oktober 1967, zuletzt geändert durch Verordnung vom 4. Dezember 1991
Dienstleistungsstatistik nach der NACE – Bereich I und K	Statistische Landesämter	VO (EG, Euratom) Nr. 58/97	DIStatG vom 19. Dezember 2000
Intrahandelsstatistik	Statistisches Bundesamt	VO (EWG) Nr. 3330/91, zuletzt geändert durch VO (EG) Nr. 1624/00 sowie VO (EG) Nr. 1901/00	AHStatGes vom 1. Mai 1957, zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 19. Dezember 1997, AHStatDV vom 29. Juli 1994, zuletzt geändert durch Art. 1 der 12. Verordnung zur Änderung der AHStatDV vom 21. Oktober 1998

Statistikbezeichnung	Berichtsweg	EU-Rechtsgrundlage	nationale Rechtsgrundlage
Vierteljährliche Handwerksberichterstattung	Statistische Landesämter	nein	§ 3 Abs. 2 und 3 HwStatG vom 7. März 1994, zuletzt geändert durch Art. 5 Nr. 4 des Gesetzes vom 19. Dezember 2000
Messzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke	Statistische Landesämter	VO (EG) Nr. 1165/98	§ 4 PreisStatG vom 9. August 1958, zuletzt geändert durch Art. 1 der VO vom 26. März 1991
Preisindex für Fertighäuser	Statistische Landesämter	nein	PreisStatG vom 9. August 1958
Messzahlen und Indizes der Seefrachtfraten	Statistisches Bundesamt	nein	PreisStatG vom 9. August 1958
Index der Einfuhrpreise	Statistisches Bundesamt	nein	PreisStatG vom 9. August 1958, zuletzt geändert durch Art. 1 der VO vom 26. März 1991
Index der Ausfuhrpreise	Statistisches Bundesamt	VO (EG) Nr. 1165/98	§ 3 PreisStatG vom 9. August 1958, zuletzt geändert durch Art. 1 der VO vom 26. März 1991
Gehalts- und Lohnstrukturerhebung im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	Statistische Landesämter	VO (EG) Nr. 530/99, VO (EG) Nr. 1916/00 zur Durchführung der VO (EG) Nr. 530/99	LohnStatG vom 3. April 1996, zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 25. Juni 1998
Verdiensterhebung im produzierenden Gewerbe, Handel sowie Kredit- und Versicherungsgewerbe	Statistische Landesämter	nein	§ 5 LohnStatG vom 3. April 1996, zuletzt geändert durch Art. 35 des Gesetzes vom 19. Juni 2001
Verdiensterhebung im Handwerk	Statistische Landesämter	nein	§ 5 LohnStatG vom 3. April 1996, zuletzt geändert durch Art. 35 des Gesetzes vom 19. Juni 2001
Bruttojahresverdiensterhebung im produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe	Statistische Landesämter	nein	§ 6 LohnStatG vom 3. April 1996, zuletzt geändert durch Art. 35 des Gesetzes vom 19. Juni 2001
Jahresabschlüsse öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit eigenem Rechnungswesen	Statistische Landesämter	nein	§ 3 FPStatG vom 21. Dezember 1992 in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. März 2000

Berichtigung

zu der Antwort der Bundesregierung

– Drucksache 15/545 –

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Birgit Homburger, Rainer Funke,
Rainer Brüderle, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

– Drucksache 15/492 –

**Statistische Auskunftspflichten von Unternehmen in Deutschland
gegenüber den Statistikämtern von Bund, Ländern und Kommunen**

Die Anlage ist durch die beigefügte Ausfertigung zu ersetzen.

Anlage**Primärerhebungen, bei denen Unternehmen bzw. Betriebe jährlich oder unterjährlich befragt werden**
(Stand: Januar 2002)

Statistikbezeichnung	Berichtsweg	EU-Rechtsgrundlage	nationale Rechtsgrundlage
Statistik der Abfallentsorgung in der Entsorgungswirtschaft	Statistische Landesämter	nein	§ 3 Abs. 1 Nr. 1 UStatG vom 21. September 1994
Statistik der betrieblichen Abfallentsorgung	Statistische Landesämter	nein	§ 3 Abs. 1 Nr. 2 UStatG vom 21. September 1994, zuletzt geändert durch Art. 12 des Gesetzes vom 19. Dezember 1997
Statistik über das Einsammeln von Verpackungen	Statistische Landesämter	nein	§ 5 Abs. 5 UStatG vom 21. September 1994, zuletzt geändert durch Art. 12 des Gesetzes vom 19. Dezember 1997
Erhebung bestimmter ozonschichtschädigender und klimawirksamer Stoffe	Statistische Landesämter	VO (EG) Nr. 2037, 2038 und 2039/2000	§ 11 UStatG vom 21. September 1994, zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Dezember 1997
Erhebung der Investitionen für den Umweltschutz	Statistische Landesämter	VO (EG, Euratom) Nr. 58/97	§ 15 Abs. 1 Nr. 1 UStatG vom 21. September 1994, zuletzt geändert durch Art. 12 des Gesetzes vom 19. Dezember 1997
Erhebung der laufenden Aufwendungen für den Umweltschutz	Statistisches Bundesamt	nein	§ 15 Abs. 1 Nr. 2 UStatG vom 21. September 1994, zuletzt geändert durch Art. 12 vom 19. Dezember 1997
Erhebung der Waren und Dienstleistungen für den Umweltschutz	Statistische Landesämter	nein	§ 16 Abs. 1 UStatG vom 21. September 1994
Monatsbericht einschl. Auftragsingangserhebung für Betriebe im Bereich Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Statistische Landesämter	VO (EG) Nr. 1165/98	§ 2 ProdGewStatG vom 30. Mai 1980, zuletzt geändert durch Art. 5 Nr. 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 2000

Statistikbezeichnung	Berichtsweg	EU-Rechtsgrundlage	nationale Rechtsgrundlage
Monatliche Produktionserhebung im Bereich Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Statistische Landesämter	VO (EWG) Nr. 3924/91 und VO (EG) Nr. 1165/98	§ 2 ProdGewStatG vom 30. Mai 1980, zuletzt geändert durch Art. 5 des Gesetzes vom 19. Dezember 2000
Vierteljährliche Produktions-erhebung im Bereich Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Statistische Landesämter	VO (EWG) Nr. 3924/91	§§ 2 und 4 ProdGewStatG vom 30. Mai 1980, zuletzt geändert durch Art. 5 des Gesetzes vom 19. Dezember 2000
Europäische Produktionserhebung (PRODCOM)	Statistische Landesämter	VO (EWG) Nr. 3924/91	ProdGewStatG vom 30. Mai 1980, zuletzt geändert durch Art. 5 des Gesetzes vom 19. Dezember 2000 und BStatG vom 22. Januar 1987, zuletzt geändert durch Art. 3 Abs. 18 des Gesetzes vom 21. Dezember 2000
Jahresbericht für Unternehmen im Bereich Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Statistische Landesämter	nein	§ 2 ProdGewStatG vom 30. Mai 1980, zuletzt geändert durch Art. 5 Nr. 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 2000, Verordnung zur Verlängerung eines Berichtszeitraums nach dem Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe vom 10. Februar 2000
Investitionserhebung im Bereich Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Statistische Landesämter	VO (EG, Euratom) Nr. 58/97	§§ 2, 3 ProdGewStatG vom 30. Mai 1980, zuletzt geändert durch Art. 5 Nr. 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 2000
Kostenstrukturerhebung im Bereich Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Statistisches Bundesamt	VO (EG, Euratom) Nr. 58/97	§ 3 ProdGewStatG vom 30. Mai 1980, zuletzt geändert durch Art. 5 Nr. 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 2000
Eisen- und Stahlstatistik	Statistisches Bundesamt	Entscheidung Nr. 1566/86/EGKS, geändert durch Entscheidung Nr. 364/1/92/EWG	§ 2 RohstoffStatG vom 15. Dezember 1989, zuletzt geändert durch § 1 RohstoffStatGV vom 30. April 1996

Statistikbezeichnung	Berichtsweg	EU-Rechtsgrundlage	nationale Rechtsgrundlage
Düngemittelstatistik	Statistisches Bundesamt	nein	§§ 88 bis 90, 94 AgrStatG vom 25. Juni 1998
Holzbearbeitungsstatistik	Statistische Landesämter	nein	§§ 82 bis 84 AgrStatG vom 25. Juni 1998
Monatsbericht im Bereich der Energie- und Wasserversorgung	Statistische Landesämter	VO (EG) Nr. 1165/98	§ 6 ProdGewStatG vom 30. Mai 1980, zuletzt geändert durch Art. 5 Nr. 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 2000
Investitionserhebung im Bereich der Energie- und Wasserversorgung	Statistische Landesämter	VO (EG, Euratom) Nr. 58/97	§ 6 ProdGewStatG vom 30. Mai 1980, zuletzt geändert durch Art. 5 Nr. 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 2000
Kostenstrukturerhebung im Bereich der Energie- und Wasserversorgung	Statistische Landesämter	VO (EG, Euratom) Nr. 58/97	§ 6 ProdGewStatG vom 30. Mai 1980, zuletzt geändert durch Art. 5 Nr. 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 2000
Monatsbericht über die Elektrizitätsversorgung	Statistische Landesämter	Modul 5120 des Statistischen Programms	§ 6 ProdGewStatG vom 30. Mai 1980, zuletzt geändert durch Art. 5 Nr. 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 2000
Monatsbericht über die Gasversorgung	Statistische Landesämter	Der Monatsbericht über die Gasversorgung gehört seit Gründung der EG zum Lieferprogramm des BMWA an Eurostat.	§ 6 ProdGewStatG vom 30. Mai 1980, zuletzt geändert durch Art. 5 Nr. 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 2000
Erhebung über Stromabsatz, Erlöse	Statistische Landesämter	nein	§ 6 ProdGewStatG vom 30. Mai 1980, zuletzt geändert durch Art. 5 Nr. 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 2000
Erhebung über Abgabe, Ein- und Ausfuhr von Gas sowie Erlöse	Statistische Landesämter	nein	§ 6 ProdGewStatG vom 30. Mai 1980, zuletzt geändert durch Art. 5 Nr. 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 2000
Erhebung über Stromerzeugungsanlagen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	Statistisches Bundesamt	Die Erhebung über Stromerzeugungsanlagen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe gehört seit Gründung der EG zum Lieferprogramm des BMWA an Eurostat.	§ 6 ProdGewStatG vom 30. Mai 1980, zuletzt geändert durch Art. 5 Nr. 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 2000

Statistikbezeichnung	Berichtsweg	EU-Rechtsgrundlage	ationale Rechtsgrundlage
Erhebung über sonstige Gase	Statistische Landesämter	Die Erhebung über sonstige Gase gehört seit Gründung der EG zum Lieferprogramm des BMWA an Eurostat.	ProdGewStatG vom 30. Mai 1980, zuletzt geändert durch Art. 5 Nr. 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 2000
Monatsbericht im Bauhauptgewerbe (einschl. Auftragseingangsindizes)	Statistische Landesämter	VO (EG) Nr. 1165/98	§ 4 ProdGewStatG vom 30. Mai 1980, zuletzt geändert durch Art. 3 Abs. 18 des Gesetzes vom 21. Dezember 2000
Vierteljährliche Produktions-erhebung im Fertigteilbau	Statistische Landesämter	nein	§ 4 ProdGewStatG vom 30. Mai 1980, zuletzt geändert durch Art. 5 Nr. 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 2000
Vierteljahreserhebung im Ausbaugewerbe	Statistische Landesämter	VO (EG) Nr. 1165/98	§ 4 ProdGewStatG vom 30. Mai 1980, zuletzt geändert durch Art. 3 Abs. 18 des Gesetzes vom 21. Dezember 2000
Statistik über den Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe (einschl. Indizes)	Statistische Landesämter	VO (EG) Nr. 1165/98	§ 4 ProdGewStatG vom 30. Mai 1980, zuletzt geändert durch Art. 3 Abs. 18 des Gesetzes vom 21. Dezember 2000
Jahreserhebung einschl. Investitionserhebung im Bauhauptgewerbe	Statistische Landesämter	VO (EG, Euratom) Nr. 58/97	§ 5 ProdGewStatG vom 30. Mai 1980, zuletzt geändert durch Art. 5 Nr. 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 2000
Jahreserhebung einschl. Investitionserhebung im Ausbaugewerbe	Statistische Landesämter	VO (EG, Euratom) Nr. 58/97	ProdGewStatG vom 30. Mai 1980, zuletzt geändert durch Art. 5 Nr. 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 2000
Totalerhebung im Bauhauptgewerbe	Statistische Landesämter	nein	§ 4 ProdGewStatG vom 30. Mai 1980, zuletzt geändert durch Art. 3 Abs. 18 vom 21. Dezember 2000
Zusatzerhebung im Ausbaugewerbe	Statistische Landesämter	nein	§ 4 ProdGewStatG vom 30. Mai 1980, zuletzt geändert durch Art. 3 Abs. 18 des Gesetzes vom 21. Dezember 2000
Kostenstrukturerhebung im Baugewerbe	Statistisches Bundesamt	VO (EG, Euratom) Nr. 58/97	§ 5 ProdGewStatG vom 30. Mai 1980, zuletzt geändert durch Art. 5 Nr. 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 2000

Statistikbezeichnung	Berichtsweg	EU-Rechtsgrundlage	nationale Rechtsgrundlage
Monatserhebung im Großhandel	Statistisches Bundesamt	VO (EG, Euratom) Nr. 58/97	HdlStatG vom 10. November 1978, zuletzt geändert durch Art. 2 StatBerG vom 19. Dezember 1997
Jahreserhebung im Großhandel	Statistisches Bundesamt	VO (EG, Euratom) Nr. 58/97	HdlStatG vom 10. November 1978, zuletzt geändert durch Art. 2 StatBerG vom 19. Dezember 1997
Monatserhebung im Einzelhandel	Statistische Landesämter	VO (EG) Nr. 1165/98	HdlStatG vom 10. November 1978, zuletzt geändert durch Art. 2 StatBerG vom 19. Dezember 1997
Jahreserhebung im Einzelhandel	Statistische Landesämter	VO (EG, Euratom) Nr. 58/97	HdlStatG vom 10. November 1978, zuletzt geändert durch Art. 2 StatBerG vom 19. Dezember 1997
Monatserhebung im Gastgewerbe	Statistische Landesämter	VO (EG) Nr. 1165/98	HdlStatG vom 10. November 1978, zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 19. Dezember 1997
Statistik der Beherbergung im Tourismus	Statistische Landesämter	Richtlinie (95/57/EG), Entscheidung (1999/34/EG)	BeherbStatG vom 14. Juli 1980
Monatserhebung im KFZ-Handel und in der Instandhaltung	Statistische Landesämter	VO (EG) Nr. 1165/98	HdlStatG vom 10. November 1978, zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 19. Dezember 1997
Jahreserhebung im KFZ-Handel und in der Instandhaltung	Statistische Landesämter	VO (EG) Nr. 58/97	HdlStatG vom 10. November 1978, zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 19. Dezember 1997
Unternehmensstatistik im Eisenbahnverkehr (einschl. Unfälle)	Statistisches Bundesamt	nein	§ 24 ENeuOG vom 27. Dezember 1993, zuletzt geändert durch Art. 14 des Gesetzes vom 27. Juli 2001 sowie Verordnung über eine Eisenbahnstatistik vom 8. August 1965

Statistikbezeichnung	Berichtsweg	EU-Rechtsgrundlage	nationale Rechtsgrundlage
Verkehrsleistungsstatistik im Eisenbahnverkehr	Statistisches Bundesamt	Richtlinie (80/1177/EWG)	§ 24 ENeuOG vom 27. Dezember 1993, zuletzt geändert durch Art. 14 des Gesetzes vom 27. Juli 2001 sowie Verordnung über eine Eisenbahnstatistik vom 8. August 1965
Unternehmensstatistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr	Statistische Landesämter	VO (EG, Euratom) Nr. 58/97	§ 2 Gesetz zur Durchführung einer Statistik über die Personenbeförderung im Straßenverkehr vom 24. Juni 1980, zuletzt geändert durch Art. 13 des Gesetzes vom 19. Dezember 1986
Verkehrsleistungsstatistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr	Statistische Landesämter	Modul des Statistischen Programms der EU 1993-1997	§ 3 Gesetz zur Durchführung einer Statistik über die Personenbeförderung im Straßenverkehr vom 24. Juni 1980, zuletzt geändert durch Art. 13 des Gesetzes vom 19. Dezember 1986
Unternehmensstatistik der Binnenschifffahrt	Statistisches Bundesamt	VO (EG, Euratom) Nr. 58/97	§ 4 VerStatG vom 17. Dezember 1999
Unternehmensstatistik im Luftverkehr	Statistisches Bundesamt	VO (EG, Euratom) Nr. 58/97	§ 3 Gesetz über die Luftfahrtstatistik vom 30. Oktober 1967, zuletzt geändert durch Art. 1a des Gesetzes vom 25. August 1998 und Verordnung zum Gesetz über die Luftfahrtstatistik vom 30. Oktober 1967, zuletzt geändert durch Verordnung vom 4. Dezember 1991
Dienstleistungsstatistik nach der NACE – Bereich I und K	Statistische Landesämter	VO (EG, Euratom) Nr. 58/97	DIStatG vom 19. Dezember 2000
Intrahandelsstatistik	Statistisches Bundesamt	VO (EWG) Nr. 3330/91, zuletzt geändert durch VO (EG) Nr. 1624/00 sowie VO (EG) Nr. 1901/00	AHStatGes vom 1. Mai 1957, zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 19. Dezember 1997, AHStatDV vom 29. Juli 1994, zuletzt geändert durch Art. 1 der 12. Verordnung zur Änderung der AHStatDV vom 21. Oktober 1998

Statistikbezeichnung	Berichtsweg	EU-Rechtsgrundlage	nationale Rechtsgrundlage
Vierteljährliche Handwerksberichterstattung	Statistische Landesämter	nein	§ 3 Abs. 2 und 3 HwStatG vom 7. März 1994, zuletzt geändert durch Art. 5 Nr. 4 des Gesetzes vom 19. Dezember 2000
Messzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke	Statistische Landesämter	VO (EG) Nr. 1165/98	§ 4 PreisStatG vom 9. August 1958, zuletzt geändert durch Art. 1 der VO vom 26. März 1991
Preisindex für Fertighäuser	Statistische Landesämter	nein	PreisStatG vom 9. August 1958
Messzahlen und Indizes der Seefrachtraten	Statistisches Bundesamt	nein	PreisStatG vom 9. August 1958
Index der Einfuhrpreise	Statistisches Bundesamt	nein	PreisStatG vom 9. August 1958, zuletzt geändert durch Art. 1 der VO vom 26. März 1991
Index der Ausfuhrpreise	Statistisches Bundesamt	VO (EG) Nr. 1165/98	§ 3 PreisStatG vom 9. August 1958, zuletzt geändert durch Art. 1 der VO vom 26. März 1991
Gehalts- und Lohnstrukturerhebung im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	Statistische Landesämter	VO (EG) Nr. 530/99, VO (EG) Nr. 1916/00 zur Durchführung der VO (EG) Nr. 530/99	LohnStatG vom 3. April 1996, zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 25. Juni 1998
Verdiensterhebung im Produzierenden Gewerbe, Handel sowie Kredit- und Versicherungsgewerbe	Statistische Landesämter	nein	§ 5 LohnStatG vom 3. April 1996, zuletzt geändert durch Art. 35 des Gesetzes vom 19. Juni 2001
Verdiensterhebung im Handwerk	Statistische Landesämter	nein	§ 5 LohnStatG vom 3. April 1996, zuletzt geändert durch Art. 35 des Gesetzes vom 19. Juni 2001
Bruttojahresverdiensterhebung im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe	Statistische Landesämter	nein	§ 6 LohnStatG vom 3. April 1996, zuletzt geändert durch Art. 35 des Gesetzes vom 19. Juni 2001
Jahresabschlüsse öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit eigenem Rechnungswesen	Statistische Landesämter	nein	§ 3 FPStatG vom 21. Dezember 1992 in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. März 2000